

Absage an das Profitcenter

107. Deutscher Ärztetag in Bremen vom 18. bis 21. Mai 2004

Dass es in der Bremer Glocke nicht zum „Show-down“ zwischen Ärzteschaft und Regierung kam, lag vielleicht an der diplomatischen Rede des Ärztepräsidenten, an der schwachen Replik der Ministerin, die sich aber die Attacks nicht gefallen lassen wollte, an der bewegenden und nachdenklichen Rede des Bundespräsidenten Johannes Rau und den warmen und lebendigen Grußworten von Dr. Ursula Auerswald, Präsidentin der Ärztekammer Bremen, und Henning Scherf, Bürgermeister von Bremen.

Eröffnung

Bundespräsident Johannes Rau forderte alle, Ärztinnen und Ärzte sowie Patientinnen und Patienten, zum sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen im Gesundheitswesen auf. Wörtlich sagte der scheidende Bundespräsident: „Gesundheit ist keine Ware, Ärzte keine Anbieter und Patienten keine Kunden.“ Ministerin Schmidt hingegen verteidigte ihre Gesundheitsreform inklusive den gestiegenen Zuzahlungen und der Praxisgebühr, denn anderenfalls befände sich der durchschnittliche Beitragsatz der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bei über 15 %. Ärzten warf sie vor, zeitweise die „ethische Keule zu schwingen“, was ihr natürlich in der Glocke keine rechte Zustimmung einbrachte. Professor Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), ging in seiner Rede bei der Eröffnung des 107. Deutschen Ärztetages in Bremen mit der Gesundheitspolitik der Regierung und insbesondere mit dem GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) scharf ins Gericht. Er warf der Gesundheitsministerin vor, das Ärzte-Image zu beschädigen. Hoppe kritisierte ein übertriebenes Wettbewerbsdenken und den Verlust der „Barmherzigkeit in unserem Gesundheitswesen“. Zweifellos habe es einen Paradigmenwechsel gegeben und den Abschied von der flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung. Er hielt an den Forderungen nach „freier Arztwahl, Therapiefreiheit des Arztes, Therapiewahl des Patienten und Chancengleichheit im Zugang und Teilhabe am medizinischen Fortschritt“ fest. Er begrüßte die Einführung des „Facharztes für Innere und Allgemeinmedizin“, stand zur Fortbildungsverpflichtung, aber verwahrte sich gegen das „mechanistische Instrument“. Er kritisierte das Fallpauschalensystem in den Krankenhäusern: „Der Patient mutiert quasi vom Kranken über den Diagnosebesitzer zur Fallpauschalenummer“. Vehement wehre sich der Ärztepräsident gegen die „miese Stimmung“ gegen die Ärzte. „So erweckt man doch ständig den Eindruck, dass alle Ärzte nur noch eine Herde schwarzer Schafe im Weißkittel sind.“



Bayerische Delegierte, wie hier Dr. Christoph Emminger, bringen sich aktiv in die Diskussion ein.



Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, Bundespräsident Johannes Rau und Bundesärztekammer-Präsident Professor Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe in der Bremer Glocke (v. li.).

Konzentration

In der Startphase der Arbeitstagung diskutierten die 250 Delegierten und Gäste des 107. Deutschen Ärztetages unter TOP 1 „Aktuelle Aspekte der Sozial- und Gesundheitspolitik“ und gingen nochmals auf die Reden und Grußworte der Eröffnungsveranstaltung ein. Natürlich ging es um die Aus-



Nichts entgeht ihnen: Abgeordnete aus Bayern verfolgen die Diskussionen und stimmen ab.



wirkungen des GMG und insbesondere um die Themen, Finanzierung des Gesundheitswesens, neue Versorgungs- und Vertragsformen, Qualität in der Medizin, überbordende Bürokratie sowie Arbeitszeit und Folgen von Diagnosis Related Groups (DRG) im Krankenhaus. „Durch Quantität zu Qualität?“ lautete der Titel des TOP 2 der Arbeitstagung. Die Referenten Rudolf Henke, Vorsitzender der Krankenhaus-Gremien der BÄK und Professor Dr. Max Geraedts, M. san., Klinikum der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf, gingen auf die Folgen der Konzentration und Zentralisierung von medizinischer Versorgung für die Bevölkerung ein. Hohe Quantität nicht gleich gute Qualität, so lautete ihr Resümee. Eifrig debattierten die Delegierten zum Beispiel über Evidenz-basierte Medizin, Qualitätskontrollen und Leitlinien.

Kooperationsformen

Kontroverse und engagierte Diskussionen gab es auch über die Novellierung der (Muster-) Berufsordnung. Dazu hatten die bayerischen Abgeordneten eigens eine Vorbesprechung, geleitet von BLÄK-Präsident Dr. H. Hellmut Koch und Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann, anberaunt. Gerade die Paragraphen, die die beruflichen Kooperationsformen betreffen (§§ 17 ff.), standen im Zentrum der Auseinandersetzung. „Insbesondere der durch das GMG in § 95 SGB V neu geschaffene Versorgungstyp des 'Medizinischen Versorgungszentrums' (MVZ), aber auch die mit der integrierten Versorgung im Bereich der GKV eröffneten Möglichkeiten haben solche Überlegungen zwingend erforderlich gemacht“, sagte Professor Dr. Ingo Flenker, Münster,

Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe und Vorsitzender der Berufsordnungsgremien der BÄK in seinem Eingangsreferat. Für die Neuregelung des Berufsrechts müssen die Bestimmungen in den Heilberufsgesetzen der Länder, also auch das Bayerische Heilberufes-Kammergesetz (HKaG), geändert werden.

Nichtbefassung

Der ungeliebte Pflichtnachweis der vertragsärztlichen Fortbildung muss bundesweit einheitlich geregelt werden. Denn 250 Punkte

innerhalb von fünf Jahren bis spätestens 30. Juni 2009 muss jeder Vertragsarzt oder jeder auch in einem MVZ angestellte Arzt bei der Kassenärztlichen Vereinigung nachweisen, will er Honorareinbußen entgehen. Daher haben die Abgeordneten in Bremen eine recht liberal und offen gestaltete (Muster-) Satzungsregelung Fortbildung und Fortbildungszertifikat beschlossen. Die BLÄK ist damit aufgefordert, eine Satzungsregelung in Bayern einzuführen. Die neue Fortbildungssatzung soll zum Beispiel die Inhalte, die Methoden, die Organisation und die Punkt-Bewertung der Maßnahmen regeln.

ANZEIGE:

Konkrete Unterstützung die Kosten spart, z. B.

- gesamte **Finanzbuchhaltung**
für **50,- EUR/Monat**
- gesamte **Lohnbuchhaltung**
für **30,- EUR/Monat**

medconsult • dr. heberlein

Beratung & Organisation

medconsult - dr. heberlein Pfahlstraße 12a 91809 Wellheim
Tel.: 08 427 / 98 79 331 Fax: 08 427 / 98 79 330
info@medconsult-heberlein.de www.medconsult-heberlein.de

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde auch in 2004 die (Muster-)Weiterbildungsordnung (M-WBO) diskutiert. Auf dem Programm stand die Darstellung über die Umsetzung der M-WBO in den Bundesländern. Ferner wurden die Zusatzweiterbildungen „Suchtmedizinische Grundversorgung“ und „Ärztliches Qualitätsmanagement“ – beide Bezeichnungen waren in Bayern bereits Qualitätsnachweise – beschlossen. Auch sprach man sich für die Zusatzweiterbildung „Betriebsmedizin“ aus. „Der Vorstand hat sich jedoch dagegen ausgesprochen, da wir hier eine unnötige Konkurrenz zur Facharztbezeichnung Arbeitsmedizin sehen“, sagte Dr. H. Hellmut Koch, München, BLÄK-Präsident und Vorsitzender der Weiterbildungsvereinigungen

der BÄK. Alle Entschließungsanträge zum Thema „Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin“ wurden mit einem Antrag auf Nichtbefassung „weggewischt“. Koch kommentierte zur M-WBO: „Die Freiheiten ärztlicher Tätigkeit und beruflicher Weiterentwicklung werden sozial-, berufs- und haftungsrechtlich beeinflusst, aber vom Weiterbildungsrecht grundsätzlich verbaut.“

Selbstläufer

Ärztinnen und Ärzte wollen nicht länger hinnehmen, dass ihnen durch bürokratische Vorgaben immer mehr Zeit für die Patientenversorgung genommen wird.

Der 107. Deutsche Ärztetag verständigte sich darauf, dass „in einer konzertierten Aktion von Politik, ärztlicher Selbstverwaltung und Krankenkassen diese fatale Entwicklung der Bürokratisierung gestoppt wird“. Gemeinsames Ziel müsse eine Reduzierung der Dokumentations- und Datenmenge sein. Dabei sprachen sich die Abgeordneten jedoch nicht generell gegen Dokumentation und Qualitätssicherung aus. „Wir fordern die Entbürokratisierung ärztlicher Tätigkeit“, sagte Dr. Ursula Auerswald, Vizepräsidentin der BÄK und des Deutschen Ärztetages und Präsidentin der Ärztekammer Bremen.

Dagmar Nedbal (BLÄK)

Das Bayerische Ärzteblatt befragte bayerische Abgeordnete und Teilnehmer

Ministerialrat Dr. Friedrich Dünisch, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, München:

„Die Beschlüsse zur Berufsordnung sind ein erstaunlicher Quantensprung im berufsrechtlichen Selbstverständnis der Ärzteschaft.“

Dr. Christoph Emminger, Internist, München:

„Um unseren Tagungsort, dem Bremer Congress-Center, herum gibt es viele Baustellen. Auch das Gesundheitswesen ist eine Art Großbaustelle. Es bedarf bildlich eines ‚gigantischen Krans‘, um die existierenden Probleme wegzuschaffen. An diesem Ärztetag hat mir besonders das Grußwort von Bremens Ärztekammer-Präsidentin Dr. Ursula Auerswald gefallen. Sie hat unsere Anliegen am glaubwürdigsten und überzeugendsten dargestellt und es besser gemacht, als alle anderen Redner. Zum Abstimmungsergebnis beim Thema Berufsordnung hat sich gezeigt, dass sich wohl viele der Tragweite der Beschlüsse nicht bewusst waren und sind. Ich hätte mir gewünscht, dass man sich hier mehr Zeit genommen hätte. Mit der Problematik Fortbildung bin ich im Ergebnis ganz zufrieden, da ich es gut finde, nun eine Fortbildungs-Satzung zu haben, die uns allen Verfahrensklarheit bringt. Gut finde ich auch, dass wir den Kolleginnen und Kollegen die Freiheit gegeben haben, ihre Fortbildung individuell und bedarfs-

orientiert zu organisieren. Das Verhalten des Ärztetags beim Punkt ‚Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin‘ hat mich am meisten berührt. Die Dauerdiskussion um das Thema musste aufhören, aber ein Ärztetag, der sich überhaupt nicht auf eine Diskussion einlässt, der nicht einmal Stimmungen und Meinungen zulässt, handelt schlecht. Die Regie dieses Ärztetages ist durchscheinend und interessengelenkt. Das hinterlässt ein schales Gefühl bei mir. Die Forderung nach Entbürokratisierung halte ich mehr oder weniger für einen Selbstläufer, denn kein Arzt wird wohl nach mehr Dokumentation rufen. Um beim eingangs gewählten Bild der Baustelle zu bleiben: große Vorhaben und ein Baustellenunfall.“

Dr. Peter Eyrich, praktischer Arzt, München:

„Das ist hier mein zweiter Deutscher Ärztetag und vielleicht finde ich es deshalb so spannend und bewegend hier. Das reicht von der Eröffnungsveranstaltung, über Vorbesprechungen, Referate, Diskussionen, Abstimmungen bis hin zum abendlichen kollegialen Austausch. Persönlich war ich beim Thema Berufsordnung dafür, sie zu ändern, zu entrümpeln und anzupassen. Ich habe wohl noch gut 20 Berufsjahre vor mir und bin gerade dabei, in München ein MVZ zu gründen. Daher müssen wir die Bedingungen für neue Versorgungsformen schaffen. Ich bin überzeugt, die Chancen werden überwiegen, besonders auch für Frauen. Zum Thema Fort-

bildung kann ich nur sagen, dass ich das freiwillige Fortbildungszertifikat sofort gemacht habe und das ist, bei einem gewissen Interesse für die Sache, nicht so schwer. Allerdings gebe ich zu, dass ich es in einer Großstadt vielleicht leichter habe, Punkte zu sammeln, als ein Kollege auf dem Land. Insgesamt ist der Deutsche Ärztetag zwar aufwändig und anstrengend, aber eben auch anregend und eine absolut fachlich und menschlich positive Erfahrung im Leben.“

Dr. Helmut Klum, Orthopädie, Bad Neustadt:

„Für mich heißt es hier zuhören und vielleicht ein bisschen mitreden, da Bremen mein erster Deutscher Ärztetag ist. Als wohlthuend empfand ich die Aussagen des Bundespräsidenten Johannes Rau. Beim Thema Berufsordnung bin ich mir nicht sicher, ob wir alle Konsequenzen der hier getroffenen Entscheidung überblicken. Ich habe jedoch auch für die Änderungen gestimmt, da wir Ärztinnen und Ärzte mehr Handlungsspielraum brauchen und uns nicht nur verwalten lassen sollten. Nicht in Ordnung empfand ich die Entscheidung, die ganze Problematik Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin mit Nichtbefassung abzuschmettern. Auch wenn wir das alles schon zum hundertsten Mal diskutiert haben, sollten wir diese Entscheidungen dem Souverän überlassen.“